

Rede des Vorsitzenden der IG BCE

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hannover

Zunächst einmal herzlichen Dank für die Glückwünsche und herzlichen Dank für die Einladung, vor dem sogenannten „großen Steinkohlentag“ zu sprechen. Ich freue mich über diese Ehre und werte es auch als Signal für die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen Gesamtverband Steinkohle und der IG BCE, vor allem in der Kohle- und Energiepolitik. Und auch der schon zitierte Titel der Veranstaltung bringt mich auf den Gedanken, ein wenig mit den Begriffen zu spielen, denn der Begriff Globalisierung ist auf der einen Seite für uns alle ganz präzise geworden und auf der anderen Seite dennoch beliebig.

Aus Sicht der IG BCE sage ich: Deutschland braucht die Globalisierung und die Globalisierung – das ist der Titel dieser Veranstaltung – braucht Sicherheit! Sicherheit braucht Verantwortung, soziale, ökologische, aber auch ökonomische. Und diese Verantwortung braucht Vernunft, ökonomische wie politische. Und bei uns in Deutschland, auch in Europa gibt es dafür die Tradition der sozialen Marktwirtschaft.



Problemlöser für globale Herausforderungen

Insofern kann man durchaus sagen, gerade mit Blick auf das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, dass die Globalisierung soziale Gestaltung braucht, dass die Globalisierung ein Modell braucht. Soziale Marktwirtschaft – und da zitiere ich auch die Kanzlerin – kann und sollte eine Vorbildfunktion bei der Bewältigung der Krise und mit Blick auf die Globalisierung haben.

Und Globalisierung, mit Blick auf Deutschland, braucht Industrie, nicht nur für die Versorgung mit Gütern, nicht nur als Wachstumsmaschine, sondern auch als Problemlöser für viele globale Herausforderungen. Der Klimaschutz ist erwähnt. Und Industrie als Problemlöser braucht Energie. Damit bin ich zurück beim Thema. Wir wollen – Herr Homann hat es schon erwähnt, ich zitiere auch aus dem Koalitionsvertrag – wir wollen eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik. Diesen Satz hätte ich vor dem IG BCE-Kongress gegebenenfalls um das Wort „umweltverträglich“ ergänzt. Ansonsten hätte ich es wortwörtlich so sagen können, und dennoch stammt es aus dem Koalitionsvertrag in Berlin.

Sie sehen, in diesem Vertrag finden sich wichtige Aussagen, mit denen ich durchaus übereinstimme. Mit einigen anderen bin ich nicht einverstanden, aber es sind auch viele Fragen offen.

Herr Staatssekretär Homann, auf einen Punkt möchte ich Sie persönlich ansprechen: Das Bundeswirtschaftsministerium will laut Koalitionsvereinbarung prüfen, welche Maßnahmen im Rahmen des Emissionshandels zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrien und damit verbundener Arbeitsplätze gegebenenfalls vor dem Jahr 2013 erforderlich sind. Sie selbst haben gesagt, dass wir schon jetzt einen Kompensationsmechanismus brauchen, denn – ich zitiere: „Es nutzt dem Ertrinkenden nichts, wenn ihm der Rettungsring erst 2013 zugeworfen wird“. Ich kann dies nur nachdrücklich unterstreichen. Wir haben schon im letzten Jahr in dieser Frage gut zusammengearbeitet. Dafür herzlichen Dank. Ich würde mich freuen, wenn dies auch so bliebe. Und – diese Gelegenheit kann ich natürlich nicht ungenutzt lassen – noch schöner wäre, wenn wir das auch auf das Thema Kohle ausdehnen könnten.

Die Koalition will spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen. Diese Absicht kann ich nur begrüßen. Das letzte stammt von Helmut Schmidt, ein neues ist somit durchaus überfällig. Allerdings lässt der Koalitionsvertrag offen,

welche Qualität dieses Konzept haben soll. Ist es der Ausgangspunkt für eine öffentliche Diskussion oder wird die Bundesregierung ein Konzept erarbeiten und verkünden? Wer wird an der Erarbeitung beteiligt sein und welchen Grad an Verbindlichkeit soll es haben? Die Erfahrung lehrt, dass die Realisierung eines solchen Konzepts in unserer Gesellschaft nur dann gelingen kann, wenn es wirklich breite Unterstützung findet. Wir brauchen nicht nur ein neues Konzept. Wir brauchen einen neuen Energiekonsens, der langfristig die Weichen stellt für eine ausgewogene, sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energieversorgung. Darüber sollten Regierung, betroffene Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften gemeinsam beraten. Wenn am Ende nötig, auch bei einem Energiegipfel. Die IG BCE ist bereit und fähig, sich an dieser Konsensfindung zu beteiligen.

Zur Zukunft der Kernenergie beantwortet der Koalitionsvertrag eine Frage in aller Klarheit: Neue Kernkraftwerke wird es nicht geben. Wichtige andere Fragen bleiben allerdings offen. Die Wichtigste: Wie lange sollen denn die Kernkraftwerke nun länger laufen dürfen? Die IG BCE hat die Frage nie ideologisch behandelt, aber es gibt natürlich offene Fragen. Lassen Sie mich die Wahrnehmung der Probleme ergänzen. Auch – und das ist nicht erwähnt worden – Uran ist ein begrenzter Brennstoff. Er kommt zu großen Teilen aus Ländern, die nicht zu den politisch stabilsten zählen. Auch hier wird deutlich: Kernenergie ist in der Tat – wie es im Koalitionsvertrag formuliert ist – nur eine Brückentechnologie. Und auch hier ist Akzeptanz das Schlüsselwort. Wer wirklich ein tragfähiges Energiekonzept will, dem muss daran gelegen sein, Konfrontationen zu vermeiden. Eine Kernenergiekontroverse brächte erneut eine unproduktive Blockade. Der Energiekonsens würde in weite Ferne rücken. Deshalb sei auch hier gesagt, die Kohle lässt sich nicht durch Kernenergie ersetzen, allenfalls umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Bekanntnis zur kohlepolitischen Verständigung

Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007 und auch heute ist das hier in aller Deutlichkeit gesagt worden: Der Vertrag gilt! Für die IG BCE ist das selbstverständlich und dennoch ist es ein gutes Zeichen, das immer wieder zu unterstreichen. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Zu diesem Vertrag – und es ist hier gesagt worden – gehören natürlich die Vereinbarungen mit Blick auf das Jahr 2018, mit Blick auf die Zukunft der Evonik, aber ein wesentlicher Bestandteil dieser Vereinbarung ist die gerade vorhin erwähnte Revisionsklausel. Und die nehmen wir als IG BCE sehr ernst.

Seit Februar 2007 haben wir dramatische Entwicklungen erlebt: Gewaltige Sprünge bei den Energie- und Rohstoffpreisen, Verknappungen, die Finanzkrise, die niemand zuvor prognostiziert hätte, Beihilfen für Banken in bisher unvorstellbaren Größenordnungen. Welches Beweises bedarf es eigentlich noch, dass die Revisionsklausel richtig ist und dass man die Welt nicht extrapolieren kann? Sehen Sie mir eine eigenwillige Steigerungsform nach: Die Revisionsklausel ist heute nach diesen Erfahrungen richtiger als vor gut zwei Jahren.

Sie alle kennen unsere Argumente gegen den Auslaufbergbau. Viele sind heute hier bereits angesprochen worden. Deshalb zähle ich sie nur kurz auf: Ein Beitrag zur Versorgungssicherheit, vor allen Dingen bei Strom, Sicherung der technologischen Spitzenstellung und des Erfahrungsschatzes der Bergleute, Erhalt des Zugangs zu den Lagerstätten. Ich habe es in meiner Grundsatzrede anlässlich des IG BCE-Kongresses gesagt – ich möchte es auch hier wiederholen: Der Ausstieg aus unserer Sicht, war vor den Wahlen falsch und der Ausstieg ist auch nach der Wahl falsch. Der Kongress der IG BCE hat diese Position mit überwältigenden Mehrheiten für die entsprechenden energiepolitischen Anträge bekräftigt.

Die Befürworter des Ausstiegs stützen sich allein auf das Argument der Kosten. Derzeit reden wir – je nachdem wie der Kohlenpreis sich am Weltmarkt entwickelt – noch über staatliche Beihilfen von knapp 1,4 Mrd. €/a. Für eine funktionierende Finanzversorgung unserer Volkswirtschaft durch die Banken haben wir weit größere Summen aufgebracht. Und das war richtig. Ist aber – das war die Fragestellung – eine sichere Energieversorgung weniger wichtig? Die Schwächen des Kostenarguments hat auch eine Prognos-Studie offengelegt, die wir der Initiative des Gesamtverbands Steinkohle zu verdanken haben. Danach liegen die fiskalischen Folgekosten eines Kohleausstiegs durch Arbeitsplatzverluste, sinkende Einnahmen bei den Steuern und Sozialabgaben sowie wachsende Ausgaben für Arbeitslosigkeit über den eingesparten Subventionen. Das gilt weiter. Die Finanzkrise dürfte die Problematik eher noch verschärft haben, da der Ersatz wegfallender Arbeitsplätze im Bergbau und bei den Zulieferern in Zukunft eher noch schwieriger wird.

Ich will gar nicht bestreiten, dass ein Sockelbergbau auch Geld kosten wird. Allerdings bin ich davon überzeugt, dass die nötigen Beihilfen langfristig sinken werden, unter bestimmten Bedingungen sogar auf Null. Das Argument, dass dies unrealistisch ist und Fantasterei lasse ich nach der Finanzkrise nicht mehr gelten. Doch ich will hier keine Spekulationen über die möglichen Kosten eines Sockelbergbaus anstellen, im Gegenteil. Ich schlage vor, sie genau zu evaluieren, ideologiefrei – wie eingangs zitiert. Deshalb bitte ich den Gesamtverband Steinkohle und die RAG, belastbar und nachvollziehbar diese Kosten durchzurechnen. Was kostet der Sockelbergbau unter welchen Rahmenbedingungen? Nur dann kann man wirklich über die Revisionsklausel ernsthaft reden. Das sollte in einem engen Zeitrahmen möglich sein, damit die Ergebnisse zügig vorliegen. Denn die Zukunft des Steinkohlenbergbaus ist mit Sicherheit auch zukünftig wieder Gegenstand einer breiteren öffentlichen Debatte und das Jahr 2012 ist mit Blick auf Bergbauplanung bereits morgen. Diese Debatte würde ich gern auf sachliche Argumente stützen und nicht auf Vorurteile.

Die Entscheidung über Auslaufbergbau oder Sockelbergbau liegt bei der Politik, ebenso die Verantwortung für die Folgen. Aber unabhängig davon, wie sie ausfällt, sind wir sicher darüber einig, dass wir schnell eine neue Beihilferegulierung der EU benötigen. Auch das ist bereits angesprochen. Die Zeit drängt, die bisherige Regelung läuft Ende 2010 aus. Ab dem Jahr 2011 brauchen wir eine neue Richtlinie oder Verordnung der EU. Die Kommission lässt dazu bisher keine Bereitschaft erkennen. Das Europäische Recht muss

in Einklang mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz gebracht werden – gleich ob Auslauf oder Sockelbergbau. An dieser Stelle ist die Bundesregierung gefordert, und wir haben gerade dazu auch deutliche Worte gehört. Eine Lösung sollte möglich sein, denn auch andere EU-Länder haben ein Interesse an der Fortsetzung der bisherigen Beihilferegulierung.

Herr Staatssekretär Homann, ich muss Sie als Vertreter des Bundeswirtschaftsministers erneut bemühen, schließlich haben Sie die Kompetenz für Rettungsringe ja bereits für sich reklamiert: Machen Sie die deutsche Steinkohlenförderung europafest. Wir brauchen Sicherheit, nicht zuletzt wegen der Sozialverträglichkeit, die ja von allen Beteiligten heute auch ausdrücklich zugesichert worden ist.

Sozialverträglichkeit bleibt für die IG BCE der Dreh- und Angelpunkt. Sie werden sich fragen, warum ich das hier noch einmal so betone. Die Ereignisse im Saarland machen das leider notwendig. Nachdem die Beendigung des Steinkohlenbergbaus an der Saar sozialverträglich und tarifverträglich abgesichert ist, hat die neue Koalition dort verabredet, im Bundesrat eine Initiative für ein früheres Auslaufen des Steinkohlenbergbaus zu starten. Und das ist ein Signal, das wir wirklich nicht verstehen. Es zeigt, dass wenig Gedanken an die Folgen für die Bergleute, vor allen Dingen in Nordrhein-Westfalen, die im Übrigen saarländische Kolleginnen und Kollegen solidarisch bei sich aufnehmen, vorhanden sind. Für einen Koalitionskompromiss wird hier mit den Schicksalen von Menschen gespielt. Das ist für uns Wortbruch zu Lasten Dritter. Nach den Signalen und berechtigten Hinweisen, wie gut wir auch die Regelungen im Saarland umgesetzt haben, bin ich an dieser Stelle, ehrlich gesagt, entsetzt und halte das für verantwortungslos. Wir werden sehen, ob wirklich daraus eine Initiative wird.

CCS ist Zukunftstechnologie

Das Stichwort Europa habe ich bereits genannt. An anderer Stelle ist Europa weiter als wir. Der europäische Rahmen für die Abscheidung und den Transport und die Speicherung von CO₂ ist durch eine Richtlinie längst gesetzt, doch in Deutschland noch nicht ausgefüllt. Befindlichkeiten in Bayern und Schleswig-Holstein haben kurz vor der Wahl ein bereits von der Bundesregierung gebilligtes CCS-Gesetz gestoppt. Im Koalitionsvertrag werden nun die zeitnahe Umsetzung der EU-Richtlinie und Werbung um die Akzeptanz angekündigt. Das ist auch dringend notwendig und jede Unterstützung wert, denn CCS kann entscheidend zur Bewältigung des Klimawandels beitragen und das durch Fortschritt und Technologie und nicht durch Rückschritt und Verzicht.

Bei der Solarenergie stößt diese Erkenntnis auf breite Akzeptanz, obwohl Deutschland gewiss kein Sonnenparadies ist, obwohl der vergleichsweise geringe Beitrag von Sonnenstrom zur Gesamtversorgung erst durch Subventionen und Milliardenumlagen für die Stromverbraucher möglich wurde. Solarstrom, erlauben Sie mir die Saloppheit, gilt als „sexy“. Gerade in Zeiten der Krise müssen wir aber darauf achten, dass wir unsere Mittel möglichst effizient einsetzen – auch beim Klimaschutz. Solarenergie ist ohne Frage eine Zukunftstechnologie. Sie schafft bei uns qualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen, und sie kann in anderen Ländern deutlich höhere Beiträge zur Ener-

gieversorgung leisten. Deshalb lohnt es sich, sie zu fördern. In welcher Form und in welcher Höhe, darüber muss sicherlich nachgedacht werden, besonders bei der Anwendung hierzulande. Wir müssen stärker darauf achten, unseren technologischen Vorsprung und die Qualität der Arbeitsplätze hierzulande zu sichern, statt die Exporte chinesischer Anlagenbauer zu begünstigen.

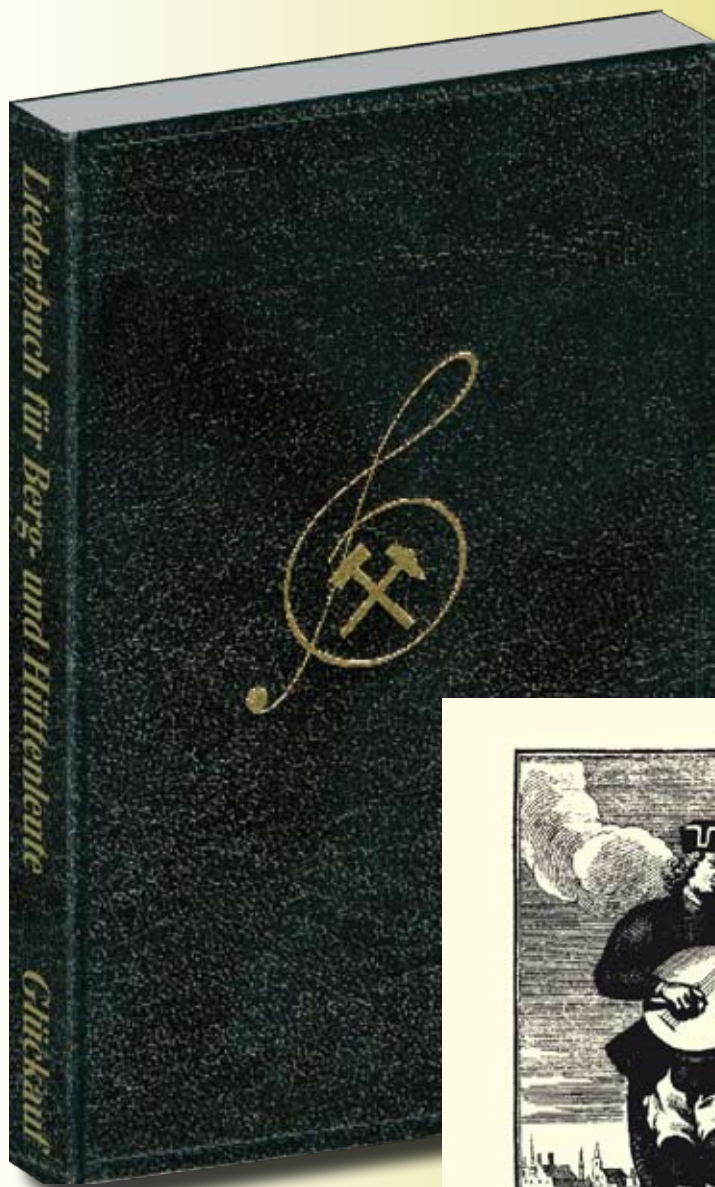
Es gibt auch andere Energien, die effizient, kostengünstig und zugleich klimaverträglich sind – nicht nur regenerative, auch die Kohle. Deutschland ist bei der Abscheidung und Speicherung von CO₂ weltweit Spitze. Die CCS-Technologie macht Stromerzeugung fast ohne CO₂-Emissionen möglich. Sie ist ebenso wie die Solarenergie eine Zukunftstechnologie. Auch sie wird bei uns qualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen schaffen. Auch sie kann in anderen Ländern in großem Maßstab eingesetzt werden. Und im Gegensatz zu vielen erneuerbaren Energieträgern kann sie bei uns allein wegen des hohen Anteils an Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung wesentlich mehr für den Klimaschutz und die Energieversorgung leisten – in China und anderen Ländern erst recht. Denn weltweit wird der Einsatz von Kohle massiv zunehmen.

Doch CCS finden bislang allenfalls einige Fachleute – noch einmal – „sexy“. Das muss sich ändern. Ich will hier gar nicht von Subventionen reden. Die sind bei den hohen Entwicklungskosten sicherlich sinnvoll. Und natürlich braucht CCS noch Zeit und Entwicklung, genauso wie Offshore-Windenergie oder Solarstrom. Doch es geht jetzt vor allem darum, der Zukunftstechnologie CCS zum Durchbruch zu verhelfen. Wir in Deutschland haben gute Chancen, uns hier an die Spitze des Fortschritts zu stellen. Wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft, kann die Industrie die nötigen Investitionen auch vornehmen.

Dazu sind drei Dinge notwendig: Als erstes das erwähnte Gesetz, das CCS fördert und nicht verhindert; zweitens, verstärkte gemeinsame Anstrengungen, die Akzeptanz für diese Zukunftstechnologie zu fördern; und schließlich eine gemeinsame CCS-Infrastrukturgesellschaft unter Beteiligung des Bundes. Sie wäre am besten geeignet, die gewaltigen Aufgaben zu bewältigen, vor denen wir stehen. Und es geht nicht nur um die Technik der Abscheidung in den Kraftwerken und später auch in anderen Industriebetrieben. Wir brauchen ein umfangreiches Pipeline-Netz und Speicherstätten an ganz unterschiedlichen Orten, oft ohne direkten Bezug zu der industriellen Produktion. Und nicht zuletzt muss auch die stoffliche Verwertung – auch das ist erwähnt worden – von CO₂ etwa in der chemischen Industrie organisiert und weiterentwickelt werden.

Weltweit verbindliche Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen auch für die Energiepolitik. Wir wollen den Klimaschutz. Wir wollen, dass Deutschland und Europa umweltfreundliche Industriestandorte bleiben. Aber dazu müssen sie auch wettbewerbsfähige Standorte bleiben. Deutsche Industrieunternehmen verzeichnen im internationalen Vergleich der Energiekosten bereits seit Jahren Wettbewerbsnachteile, mit zunehmender Tendenz. Doch klimapolitische Ziele dürfen die Entwicklungspotenziale unserer Industrie auch im Hinblick



Liederbuch für Berg- und Hüttenleute

Herausgegeben vom
Berg- und Hüttenmännischen Verein zu Aachen

VGE Verlag GmbH, Essen, 14. Auflage 2008, 212 Seiten,
11 cm x 16 cm, Kunstledereinband mit Goldprägung
Preis 15,90 EUR, ISBN 978-3-86797-021-1

Endlich wieder lieferbar ist das über 140 Jahre alte „Liederbuch für Berg- und Hüttenleute“. Es enthält die 69 schönsten alten und neuen berg- und hüttenmännischen Lieder mit voller Klavierbegleitung, dazu die Texte von 78 Volks-, Wander- und Studentenliedern, die nicht nur in berg- und hüttenmännischen Kreisen gern gesungen werden.

„Harte Arbeit und frohes Lied gehören zusammen. Musik ist Licht und Freude. Solange wir sie haben, wird harte Arbeit das Herz nicht verhärten“, schrieb Wilhelm de la Saucy 1952 in seinem Geleitwort.

Überall werden das Schemnitzer Schachtlied, das Leobener Lied, die Weisen aus Böhmen, Schlesien, dem Erzgebirge, dem Siegerland und dem Harz ebenso gern gesungen wie die aus dem Rheinland, von der Saar und aus Westfalen.



1. Auflage 1862	8. Auflage 1910
2. Auflage 1871	9. Auflage 1923
3. Auflage 1879	10. Auflage 1952
4. Auflage 1883	11. Auflage 1981
5. Auflage 1889	12. Auflage 1994
6. Auflage 1894	13. Auflage 2003
7. Auflage 1903	14. Auflage 2008

Bitte senden Sie mir:

_____ Expl. Liederbuch für Berg- und Hüttenleute zum Einzelpreis von 15,90 EUR
Staffelpreise: ab 20 Expl. 14,30 EUR, ab 50 Expl. 12,70 EUR, ab 100 Expl. 10,40 EUR

Alle Preise inkl. MwSt, zzgl. Versandkosten

Absender: _____

Name, Vorname: _____

Firma: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ/ Ort: _____

Datum/ Unterschrift: _____

VGE
Verlag GmbH

VGE Verlag GmbH
Montebruchstraße 2 · D-45219 Essen
Postfach 18 56 20 · D-45206 Essen
Telefon +49 (0) 20 54 / 9 24-123
Telefax +49 (0) 20 54 / 9 24-149
E-Mail vertrieb@vge.de
Internet www.vge.de

auf die Bewältigung der großen Aufgabenstellung unserer Zeit nicht gefährden. Sonst wird industrielle Produktion, vor allem energieintensive, an Standorte außerhalb der EU verlagert. Das hätte zusätzliche Emissionen zur Folge. Klima und Umwelt wäre damit auch nicht gedient. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen, weltweit verbindliche Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels zu verabreden. Das ist der beste Weg, unfaire Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

So lange keine verbindlichen Minderungsziele für alle großen CO₂-Emittenten gelten, sind einseitige Minderungen der EU über die heutige Vorreiterrolle hinaus ökonomisch, wie ökologisch fraglich. Sie könnten bei uns zum Aus für hoch effiziente Produktionen führen, die oft auch für den Klimaschutz wertvolle Beiträge leisten. Das fängt bei hoch effizienten Kraftwerken an, geht über die Wärmedämmstoffe, über Glasfaserkabel und hört bei Energiesparlampen nicht auf.

In gut einem Monat soll in Kopenhagen ein neues UN-Klimaabkommen abgeschlossen werden. Ein ehrgeiziges Ziel – nicht zuletzt, weil die Vereinigten Staaten und Schwellenländer wie China und Indien und auch Entwicklungsländer einbezogen werden sollen. Das wäre schön, wenn dies gelingen würde. Doch nun zeichnet sich ab, dass ein verbindliches Abkommen in Kopenhagen noch nicht zu Stande kommen könnte. Das ist kein Grund, in Weltuntergangsstimmung zu verfallen. Wie gesagt, wir wollen ein weltweit wirksames Klimaschutzabkommen. Aber wenn es noch Zeit braucht, weil beispielsweise Präsident Obama in seinem Land noch Widerstände überwinden muss oder Finanzierungszusagen für die Dritte Welt noch offen sind, dann sollten wir uns diese Sorgfalt auch gönnen. Dafür ist das Thema zu wichtig. Mir ist ein international bindendes, belastbares und nachprüfbares Abkommen im Zweifel etwas später lieber als ein Formelkompromiss im Dezember in Kopenhagen.

Es geht um wirksamen, ernsthaften Klimaschutz, nicht um Ankündigungsrekorde. Was wir auf keinen Fall gebrauchen können, ist ein kosmetischer Kompromiss, der Deutschland und die EU veranlasst, ihr für eine Einigung angekündigtes CO₂-Minderungsziel von 30 % allein scharf zu stellen. Dann müssen die Beschäftigten in der deutschen und europäischen Industrie erneut die Zeche zahlen.

Industrielle Produktion ist die Basis für Wohlstand

Wenn es einen Industriezweig gibt, der um die Bedeutung von Akzeptanz in der Bevölkerung weiß, dann ist es mit Sicherheit der Steinkohlenbergbau. Der Steinkohlenbergbau hat mit Öffentlichkeitskampagnen und viel Nachbarschaftsarbeit gezeigt, woran andere sich ein Beispiel nehmen könnten.

Datteln ist nur eines von vielen Beispielen, das uns vor Augen führt, welche hohe Bedeutung Akzeptanz für industrielle Produktion hat. Ich will mich nicht zum Thema Datteln weiter äußern. Sie wissen, dass die IG BCE den Bau von hoch effizienten Kohlekraftwerken unterstützt und Sie, Frau Ministerin Thoben, haben bereits angekündigt, alles dafür zu tun, dass Datteln keine Industrieruine wird. Ich möchte Datteln nur zum Anlass nehmen, Wirtschaft und Politik zu verstärkten Anstrengungen aufzurufen, die Bedeutung industrieller

Produktion für unseren Wohlstand einer breiteren Öffentlichkeit wieder bewusst zu machen.

Selbstverständlich ist industrielle Produktion mit Belastungen verbunden. Selbstverständlich sind bestimmte Technologien umstritten. Entscheidend ist aber immer, ob Risiken beherrschbar und verantwortbar sind. Wenn das so ist, sollten wir ihre Chancen dann auch nutzen. Ideologiegetriebene Auseinandersetzungen helfen uns nicht weiter und blockieren uns in jeder Richtung. Wir setzen auf eine offene, faire und sachorientierte Debatte über Risiken und Chancen. Auf Dauer brauchen wir eine breite, gesellschaftliche Akzeptanz von industrieller Produktion, von Forschung und Entwicklung, wenn neue Technologien und neue Produkte weiterhin aus Deutschland kommen sollen. Darum hat die IG BCE die Politik aufgefordert, eine „nationale Strategie für Industriepolitik“ auf den Weg zu bringen, die klare Ziele setzt, Planungssicherheit schafft und Anreize für Forschung und Entwicklung setzt.

Doch auch die Unternehmen sind gefordert. Auch sie müssen deutlich machen, dass es ohne technologischen Fortschritt, ohne innovative Produktionsprozesse und ohne neue Produkte keine gute Zukunft geben wird. Für Gewerkschafter war der enge Zusammenhang zwischen industriellem und technischem Fortschritt und sozialem Fortschritt stets klar. Angesichts der Zurückhaltung vieler Unternehmer muss man den Eindruck gewinnen, es sei ihnen selbst peinlich, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen. So verzagt kann man sie manchmal beobachten. Wir erwarten, dass sich auch die Unternehmen in die gesellschaftliche, politische Diskussion begeben und Überzeugungsarbeit leisten. Sie sollen aufzeigen, mit welchen Lösungskonzepten sie die Probleme dieser Gesellschaft und dieser Welt zu lösen gedenken. Das gehört zu einem modernen Verständnis von Unternehmertum in einer demokratischen Gesellschaft.

In der Finanzkrise hat ein unter Volkswirtschaftlern fast vergessenes Wort seine Wiederauferstehung erlebt: die Realwirtschaft. Den Menschen wird wieder bewusst, dass industrielle Produktion die Basis unseres Wohlstands ist. Untrennbar dazu gehört sichere Energie. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Ein herzliches Glückauf!